

DE GRÖNWOHLDER *Rinkieker*

Mitteilungsblatt für Grönwohld

30. Jahrgang Nr.111 / Mai 2009

Herausgegeben vom Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nach der Finanzmarktkrise: Kein zurück zur Tagesordnung

Am 7. Juni sind 378 Millionen Europäer aufgerufen, sich an den Wahlen zum Europäischen Parlament zu beteiligen: 2,3 Millionen davon sind in Schleswig-Holstein wahlberechtigt und es ist zu hoffen, dass viele von ihnen tatsächlich wählen werden. Schleswig-Holstein ist eine wichtige Region in der Europäischen Union. Von hier gehen entscheidende Impulse für die

Ostseekooperation und eine gemeinsame Meerespolitik aus, schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik ist ein Vorbild für ganz Europa. Aber unser Land profitiert auch in erheblichem Maße von der EU. Schleswig-Holstein erhält in den nächsten Jahren circa 474 Millionen Euro aus den Europäischen Strukturfonds und mit rund 100 Millionen Euro unterstützt die EU in der Förderperiode 2007- 2013 die Arbeitsmarktpolitik des Landes. Mit dem „Zukunftsprogramm ländlicher Raum“ werden 21 Aktivregionen in Schleswig-Holstein durch EU-Mittel gefördert.

Aber welchen Stellenwert hat europäische Politik in einer Zeit, in der wir den tiefsten wirtschaftlichen Einbruch in der Geschichte der Bundesrepublik erleben? Viele Leute glauben, mit Europa hätten gerade die



SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust

Ulrike Rodust, MdEP
































Am 4. Juni 1949 in Quakenbrück geboren, verheiratet, zwei erwachsene Kinder.

Industriekauffrau, Hauswirtschafterin und Buchhalterin.

Von 1979 bis 1997 selbstständig in der Gastronomie tätig.

1972 Eintritt in die SPD, seit 1986 in der Kommunalpolitik aktiv, 1988 bis 1998 stellvertretende Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS), 1993 bis 2008 Mitglied für die SPD im Landtag Schleswig-Holsteins, zuletzt seit Januar 2008 agrarpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, 1998 bis 2005 Mitglied im Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit September 2008

 Europäische Union					
Land	Fläche in 1000 km ²	Einwohner in Mio.	BIP/ Einwohner*	Hauptstadt	
 Belgien	30,2	10,66	32.700	Brüssel	
 Bulgarien	111,9	7,61	4.300	Sofia	
 Dänemark	43,1	5,48	43.800	Kopenhagen	
 Deutschland	357,1	82,20	30.500	Berlin	
 Estland	45,3	1,34	13.300	Tallinn	
 Finnland	390,9	5,30	35.400	Helsinki	
 Frankreich	632,8	63,78	30.300	Paris	
 Griechenland	132,0	11,22	22.000	Athen	
 Irland	69,8	4,41	45.100	Dublin	
 Italien	301,3	59,58	27.100	Rom	
 Lettland	64,6	2,27	10.700	Riga	
 Litauen	65,3	3,37	9.500	Vilnius	
 Luxemburg	2,6	0,48	83.100	Luxemburg	
 Malta	0,3	0,41	13.800	Valletta	
 Niederlande	41,5	16,40	35.800	Amsterdam	
 Österreich	83,8	8,33	34.200	Wien	
 Polen	312,7	38,00	9.100	Warschau	
 Portugal	92,1	10,63	15.900	Lissabon	
 Rumänien	238,4	21,42	5.900	Bukarest	
 Schweden	441,4	9,18	37.900	Stockholm	
 Slowakei	49,0	5,40	11.300	Bratislava	
 Slowenien	20,3	2,02	17.900	Ljubljana	
 Spanien	506,0	45,26	24.600	Madrid	
 Tschech. Republik	78,9	10,35	13.700	Prag	
 Ungarn	93,0	10,05	10.700	Budapest	
 Ver. Königreich	244,1	61,27	33.400	London	
 Zypern	9,3	0,80	20.400	Nikosia	
EU der 27	4.324,8	497,20	25.800		
Daten der Beitrittskandidaten					
 Kroatien	56,6	4,44	9.100	Zagreb	
 Türkei	783,6	71,16	5.300	Ankara	
 Mazedonien (ehem. jug. Rep.)	25,7	2,04	2.900	Skopje	
Vergleich EU mit Welt					

aktuellen Sorgen um den Arbeitsplatz, um die Ersparnisse oder auch um die soziale Zukunft nicht viel zu tun. Doch tatsächlich betrifft Europa jeden von uns sehr konkret. Die Hälfte unserer Gesetze wird heute in der Europäischen Union gemacht. Nicht nur in Deutschland, auch in Europa entscheidet sich, wie wir in Zukunft leben und arbeiten. Viele Richtungsentscheidungen, die den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsentwicklung stark beeinflussen, fallen auf europäischer Ebene. Auch die Frage, wie in Zukunft die internationalen Finanzmärkte besser kontrolliert werden, kann wirksam nur gemeinschaftlich beantwortet werden. Wie diese Antworten aussehen, in welche Richtung sie weisen, beeinflussen Sie durch ihre Wahlentscheidung am 7. Juni 2009 mit.

Das Europäische Parlament wird von unterschiedlichen politischen Richtungen geprägt. Liberale und konservative Parteien stellen zurzeit dort die Mehrheit und entsprechend ist die bisherige Politik ausgerichtet. Das muss sich ändern, wenn man für bessere Arbeitsbedingungen ist: für Mindestlöhne, mehr Rechte für die Beschäftigten und Betriebsräte, faire Bedingungen für Arbeitnehmer mit Leih- und Zeitarbeitsverhältnissen. Das muss sich ändern, um eine Abkehr von der bisherigen Finanzpolitik durchzusetzen, die die jetzige Krise durch fehlende Kontrollen und falsch verstandene Freiheiten der Banken und Manager mit verursacht hat. Das muss sich ändern, um einen starken Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien zu erreichen.

Der Europa-Wahlkampf wird die Unterschiede zwischen den Parteien deutlich herausstellen. Wollen wir wirtschaftliche Freiheiten über die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellen, oder wollen wir europäisches Recht so ändern, dass in ganz Europa gilt: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort? Sehen wir in der Finanzkrise nur einen Betriebsunfall, der keine neue Politik erfordert? Oder wollen wir Unternehmen und Arbeitsplätze schützen indem wir sagen: Die Wirtschaft darf kein Raum sein, der sich demokratischer Einflussnahme entzieht – deshalb brauchen wir neue Regeln für die Finanzmärkte. Knicken wir vor einflussreichen Lobbyisten ein, oder wollen wir ein Europa, das Gerechtigkeit, Umwelt und wirtschaftlichen Erfolg zusammenbringt? Am 7. Juni entscheiden Sie mit Ihrer Stimme, welches Europa Sie wollen.

Stimmzettel

für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 7. Juni 2009
im Land Schleswig-Holstein

Sie haben **1** Stimme



Bitte hier
ankreuzen

1		<input type="radio"/>	
2	<p>SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p> <p>1. Martin Schulz, Buchhändler, Würselen (NW) 2. Evelyne Gebhardt, MdEP/Übersetzerin, Mulfingen (BW) 3. Bernhard Rapkay, MdEP/Referent, Dortmund (NW) 4. Jutta Haug, MdEP/Wirtschafts- und Finanzberaterin, Herten (NW) 5. Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP/Landwirt, München (BY)</p>	<p>– Gemeinsame Liste für alle Länder –</p> <p>6. Bernd Lange, Abteilungsleiter, Burgdorf (NI) 7. Jutta Steinruck, MdL/DGB-Regionvorsitzende, Ludwigshafen am Rhein (RP) 8. Udo Bullmann, MdEP/Politikwissenschaftler, Gießen (HE) 9. Dagmar Reichenbach (Roth-Behrendt), MdEP/Juristin, Potsdam (BB) 10. Jens Geier, Angestellter, Essen (NW)</p>	<input checked="" type="radio"/>

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt des 94 cm langen Stimmzettels. Insgesamt sind es 31 Bewerber. Sie treten bis auf eine Ausnahme alle bundesweit an. Die Ausnahme ergibt sich durch die CSU. Dadurch ist die CDU gezwungen einzeln in den Ländern anzu-

treten.

Der Name der Schleswig-Holsteinischen SPD-Bewerberin ist auf dem Stimmzettel nicht zu finden. Dort sind die ersten 10 SPD-Bewerber aufgeführt. Sie ist auf Platz 12.

Studienreise zum Europäischen Parlament in Straßburg

Der Grönwohlder SPD-Fraktionsvorsitzende Eckart Carl hat an einer Studienreise nach Straßburg teilgenommen, rechtzeitig zur Europawahl am 7. Juni 2009. Insgesamt sind es vier Tage. Der erste und der letzte Tag, Montag und Donnerstag, sind reine Reisetage. Die Fahrt mit dem Bus nach Straßburg braucht eben ihre Zeit. An den übrigen zwei Tagen gibt es ein geballtes Programm. In den Räumen der Parlamentarischen Gesellschaft in Straßburg informiert die aus Schleswig-Holstein stammende Referentin Janett-Li Schrader von der Friedrich-Ebert-Stiftung ausführlich über die Entstehungsgeschichte des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments mit ihren Institutionen und ihrer Arbeitsweise.

Ein Mitarbeiter des Europäischen Bürgerbeauftragten berichtet über dessen Arbeit. Bei über 2/3 der Anfragen wird an andere Stellen weitergeleitet, weil es sich nicht um ein europäisches Thema, sondern ein Thema, wenn es auf die Bundesrepublik bezogen ist, das sich auf den Bund oder ein Bundesland bezieht. So weit möglich wird geholfen.

Mit der Schleswig-Holsteinischen EU-Abgeordneten Ulrike Rodust und ihrer Österreichischen Kollegin Christa Prets wird ausführliche und äußerst anregend diskutiert.

Natürlich steht auch Straßburg mit seinem Münster auf dem Programm. Die Reiseführerin informiert die Besucher zunächst während einer Busrundfahrt über Straßburg und seine Geschichte. Das wird noch bei einem abschließenden Stadtrundgang vertieft. Er endet beim alten Rathaus mit einem Empfang, bei dem es einen Ehrenwein gibt. Ein Vertreter des Bürgermeisters



Eckart Carl und Ulrike Rodust in Straßburg

begrüßt auf Französisch und Deutsch. Ein Gruppenmitglied bedankt sich und weist auf Parallelen zwischen Straßburg und Schleswig-Holstein hin. Für Straßburg wechselte die Nationalität insgesamt sechs Mal zwischen Deutschland und Frankreich. In Schleswig-Holstein ist es ähnlich, mal dänisch, mal deutsch.

Im Europaparlament wird wieder mit Ulrike Rodust diskutiert. Dann wird eine Parlamentdebatte beobachtet. Der Saal ist ziemlich leer. Fast nur die Parlamentarier mit Redebeiträgen sind anwesend. Auf einem großen Bildschirm ist auch zu sehen, wer die nächsten sind und wie lange sie sprechen dürfen. Sie bleiben

am Platz. Jeder hat ein Mikrofon. Die Besucher sitzen ganz oben. An den Stühlen sind Kopfhörer. Es kann zwischen 23 verschiedenen Sprachen gewählt werden. Die Übersetzer sind stark gefordert. An dem Besuchstag kam es auch zu einem kleinen Eklat. Aus dem Tschechischen wurde in Bezug auf Barack Obama ein Begriff als „Waffen“ übersetzt. Es sollten aber „Wertpapiere“ sein. So kann es bei ähnlich klingenden Begriffen gehen.

Die Studienreise war anstrengend, hat aber viele neue Erfahrungen gebracht. Wir brauchen ein starkes Europa.

Gemeindevertretersitzung am 3. März 2009

Mit 16 Zuschauern ist im Vergleich zur Dezember-sitzung das Interesse nahezu gleich geblieben. Es ist einer mehr gekommen. Die Gemeindevertretung muss noch ihre endgültige Sitzordnung finden. Diesmal sitzen die Gemeindevertreter zur Leinwand und die Besucher in ihrem Rücken. Mit Hilfe des Beamers wird es auch fürs Publikum anschaulicher. Mit Christian Neller gibt es einen neuen Protokollführer vom Amt.

In der **Einwohnerfragestunde** beginnt wieder Werner Schäfer:

- Warum fehlt beim Tagesordnungspunkt Seniorenbeauftragter die weibliche Form. Der Bürgermeister hat darauf verzichtet, weil es nur einen männlichen Bewerber gibt.

- Zur Änderung der Entschädigungssatzung in der vorigen Sitzung möchte er wissen, warum davon ausgegangen wurde, dass eine Erhöhung der Entschädigung für die Gemeindevertreter erforderlich ist. Der Bürgermeister teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzung geklärt wurde und eine Erhöhung daraufhin einstimmig abgelehnt wurde.

- Es folgen diverse Fragen zur Grönwohlder Schüler-situation für das Schuljahr 2009/2010: Wie viele Grönwohlder bzw. auswärtige Schüler wurden für die Grundschule Grönwohld angemeldet? Wie viele Grönwohlder Schüler wurden für andere Grundschulen angemeldet? Wie hoch ist die Gesamtzahl der Grönwohlder bzw. der auswärtigen Schüler an der Grundschule Grönwohld? Wie hoch ist die Gesamtzahl der Grönwohlder Schüler die an anderen Grundschulen angemeldet wurden. [Anmerkung der Verwaltung: Zurzeit laufen die Anmeldungen für das Schuljahr 2009/2010 noch. Eine abschließende Auskunft kann somit noch nicht gegeben werden. Die gewünschten Daten werden zu einer späteren Sitzung nachgereicht und unter Anfragen und Mitteilungen aufgegeben.] Wie viele Grönwohlder bzw. auswärtige Schüler nehmen das Angebot der betreuten Grundschulzeiten war? [Anmerkung der Verwaltung: 12 Grönwohlder und 17 auswärtige Schüler]

- Werner Schäfer gibt zu bedenken, dass sich mit jeder Angebotserweiterung für den Kindergarten auch

die Personal- und Betriebskosten erhöhen. Antwort: Die Personalkosten müssen aufgestockt werden, damit das vorgesehene Angebot gewährleistet werden kann. Hierbei muss die Gemeinde zunächst in Vorleistung gehen. Eine Refinanzierung soll über ein höheres Gebührenaufkommen gedeckt werden.

- Werner Schäfer ist überrascht, dass die Protokollführung für die Sitzungen der Gemeindevertretung gewechselt hat und möchte wissen, ob die Fraktionen von dieser Entscheidung vorab in Kenntnis gesetzt wurden oder ein interfraktionelles Gespräch stattfand. Der Bürgermeister teilt mit, dass der Wechsel aufgrund einer organisatorischen Maßnahme der Verwaltung vorgenommen wurde. Damit endete Werner Schäfers Fragenkatalog.

- Eine Anwohnerin der Straße Papierholz fragt nach, wie der aktuelle Sachstand zur dortigen Fußwegsituation ist. Antwort: Es hat einen Ortstermin mit Gemeindevertretern gegeben. Die Schwierigkeiten mit dem schmalen Gehweg sind bekannt und an einer Problemlösung wird zurzeit gearbeitet. Prof. Dr. Katherine Nölling ergänzt, dass zurzeit Einzelgespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern geführt werden.

- Ein Bürger fragt an, ob die gemeindeeigenen Wohnungen bereits mit Rauchmeldern ausgestattet sind. Herr Bürgermeister Breisacher berichtet, dass eine Brandschau stattgefunden hat und entsprechende Nachrüstungen vorgenommen werden.

- Ein Bürger bittet darum, die Straßenbeleuchtung in den Kurven zu verbessern. Diese seien zu dunkel, da die Abstände zwischen den Laternen zu groß sind.

Der Bürgermeister berichtet:

- Zurzeit wohnen 295 Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Grönwohld, die das 65. Lebensjahr vollendet haben.

- Die Arbeiten am Regenwasserrückhaltebecken verzögern sich aufgrund der Witterungslage um ca. drei Wochen. Eine Fertigstellung vor der Hauptnutzung wird weiterhin angestrebt.

- Die Auslesung der Geschwindigkeitsmessanlage hat ergeben, dass im Bereich der 30 km/h-Zone in der Bahnhofstraße eine mittlere Geschwindigkeit von



Die beiden älteren Klassenräume

Am 14. Januar 2009 erfolgte eine Brandverhütungsschau in der Grundschule.

Damit sollen

- der Entstehung von Feuer und Rauch (Brand- und Explosionsgefahren) vorgebeugt werden,
- die Ausbreitung von Feuer und Rauch verhindert werden,
- bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren ermöglicht werden,

55km/h sowie eine Spitzengeschwindigkeit von 110 km/h gemessen wurden. Die Anlage wird nunmehr umgesetzt, um weitere Erkenntnisse zu erlangen.

• Die Heizung in der Grundschule ist mehrfach ausgefallen. Um dem **Verein Röperkate e. V** einen **Investitionszuschuss** zu gewähren, war ein notarieller Vertrag zwischen dem Verein Röperkate e. V. und der Gemeinde erforderlich. Die Gemeinde gewährt dem Verein einen jährlichen Zuschuss von 5.010 Euro. Die Gemeinde kann dafür die Röperkate zu bestimmten Zeiten nutzen. Zum Jahresbeginn wird ein Nutzungskalender erstellt. Nach Ablauf der Erbbauzeit hat der Verein Röperkate keinen Anspruch auf Entschädigung. Der Verein kann dadurch einen Kredit über 100.000 Euro aufnehmen. Dadurch kann die Röperkate bis zum Herbst fertig gestellt werden. Wegen des Dachschadens läuft noch ein Gerichtsverfahren. Hier ist zu klären, wer die Verantwortung trägt und die Reparaturkosten übernehmen muss. Entsprechende Entschädigungsleistungen gehen dann an die Gemeinde. Bei 20jähriger Laufzeit betrüge der Gemeindegzuschuss etwa 100.000 Euro. Die Sparkassenkulturstiftung beteiligt sich mit jährlich 1.500 Euro. Den gleichen Betrag wird der Verein erbringen. Die jährliche Annuität für das Darlehen beträgt 8.010 Euro. Jens Kettler und Andreas Wilde nahmen

- bei einem Brand wirksame Löscharbeiten ermöglicht werden,
- nachhaltige Umweltbeeinträchtigungen der Umwelt durch einen Brand vermieden werden.

Da die Garderobenhaken im süd-westlichen Flur erhalten bleiben sollen, ist in den angrenzenden Klassenzimmern je ein direkter Ausgang ins Freie zu schaffen. Rechts und links neben der Eingangstür sind bei den zweiten Fenstern die neuen Türen zu schaffen.

vorsorglich nicht an der Abstimmung teil. Sie waren Vorstandsmitglieder des Röperkatenvereins gewesen. Auf der Dezembersitzung galten sie noch als befangen und durften nicht abstimmen. Ein Quartal später soll das lt. Kommunalaufsicht nicht mehr zutreffen. Die SPD-Fraktion teilt diese Auffassung nicht. Die übrigen 11 Gemeindevertreter stimmten dem Notarvertrag zu. Eine Alternative gab es nicht. Ohne das Darlehen könnte die Röperkate nicht kurzfristig fertiggestellt werden. Die Arbeiten hätten noch einige Jahre gedauert. Der Vertrag soll zwei Tage nach dieser Sitzung unterzeichnet werden.

Die **Öffnungszeiten des Kindergartens Grönwohld** werden **erweitert**. Aufgrund einer Befragung ergab sich der Bedarf. Einige Kinder können nun bis 16 Uhr betreut werden. Die Satzung wird entsprechend angepasst.

Die **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009** werden beschlossen. Im vorigen *Rinkieker* wurde ausführlich darüber berichtet.

Die **Nichtöffentlichkeit der Sitzungen des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung** war in den letzten beiden Jahren ein Thema. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Eckart Carl hat damals gefragt, warum die Einladung nichtöffentlich erfolgte, obwohl das in

der Hauptsatzung nicht so vorgesehen war. Die Öffentlichkeit war von der Verwaltung ausgeschlossen worden, weil bei dem Prüfungsvorgang (zwangsläufig) schützenswerte Daten Dritter (Privatpersonen, Firmen usw.) beraten werden. Diese Informationen dürfen nicht an die Öffentlichkeit gegeben werden, da dies unter Umständen zu Schadensersatzansprüchen führen kann. Zur Nichtöffentlichkeit dieser Sitzungen muss die Hauptsatzung geändert. Jetzt soll erst mal geprüft werden, ob eine Verpflichtung besteht, den Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung nichtöffentlich abzuhalten. Eckart Carl war jahrelang Ausschussvorsitzender und erinnert sich nicht, dass einmal ein Dritter dabei gewesen sei. Die Sitzungen finden im Amt Trittau statt.

Als Neuerung wird am **Ende des öffentlichen Teils** zu den vorangegangenen Tagesordnungspunkten **eine Einwohnerfragestunde** stattfinden. Sie sollte 15 Minuten nicht überschreiten. Dafür musste die Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Grönwohld angepasst werden. Jetzt können die Bürger also nach den Tagesordnungspunkten noch fragen stellen.

Den Belangen der Senioren soll verbessert Rechnung getragen werden soll. Daher wurde die Idee zur Berufung eines Seniorenbeauftragten entwickelt. Eine Berücksichtigung der besonderen Anforderungen und Interessen soll so gewährleistet werden. Der Seniorenbeauftragte soll als fester Ansprechpartner dienen und die vorgebrachten Anregungen in die Beratungen der gemeindlichen Gremien einbringen. Damit kann auf die Bedürfnisse der Zielgruppe besser eingegangen

werden. Aus der Sichtweise der Betroffenen ergeben sich neue Erkenntnisse, mit welchen Themen sich die Gemeinde auseinandersetzen muss. Die Gemeindevertretung beschließt: Es wird künftig zu Beginn einer Legislaturperiode, erstmals am 03. März 2009, ein Seniorenbeauftragter berufen. Für diese Wahlperiode geht das Amt an Karl-Friedrich Singelmann.

Anfragen und Mitteilungen

- Stephan Eichler berichtet, dass in der Gemeinde Lütjensee **Elternbriefe** an junge Familien ausgegeben werden und schlägt dies auch für Grönwohld vor. Dieses Thema soll im Allgemeinen Ausschuss beraten werden.

- **Hans-Christian Meyer-Loos** informiert, dass er seinen ersten Wohnsitz in der Gemeinde Grönwohld aufgeben wird und somit sein Mandat als Gemeindevertreter zum 31.03.2009 niederlegen muss.

- **Josef Ryll** berichtet, dass Herr Bruno Studt der Gemeinde Grönwohld ein selbst gemaltes **Ölbild** als Schenkung überlassen möchte. Herr Studt ist in der Zeit von 1947 bis 1954 in Grönwohld aufgewachsen und fühlt sich seither eng mit der Gemeinde verbunden. Herr Studt hat als Wunsch geäußert, dass das Bild, das die **Drahtmühle** zeigt, an einem öffentlichen Ort ausgestellt wird. Die Gemeindevertreter sprechen sich einvernehmlich dafür aus, dass das Bild entweder im Feuerwehrraum oder in der Röperkate einen Ehrenplatz erhalten soll (Bilder siehe letzte Seite und unten).

Die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung endet um 22.00 Uhr. Im nichtöffentlichen Teil wird noch eine gute Viertelstunde u. a. auch über Personalangelegenheiten beraten.



Bruno Studt während einer Ausstellung

Der Kindergarten freut sich über die neue Holzeisenbahn

Seit März diesen Jahres können die Kindergartenkinder in ihre eigene Bahn ein- und aussteigen. Die Holzeisenbahn, die auf dem Kindergartengelände aufgebaut wurde, wird vielfältig genutzt; auch auf dem Dach lässt sich ausgezeichnet herum klettern.

Die strahlenden Kindergesichter bezeugen: Die Bahn ist klasse! Passend zum Namen der Bahnhofstraße hält sie direkt vor dem Kindergarten, so sagte Peter Meinke. Zusammen mit seinem Kollegen hat er die Bahn in kürzester Zeit aufgebaut. Außerdem packten die Bauarbeiter, die das Regenwasserrückhaltebecken bauen, mit an.

Bei den Kindern kommt die 8 Meter lange Bahn aus-gezeichnet an. Die Erzieherinnen haben also genau das Richtige ausgewählt. Wie schon in den Jahren zuvor konnte aus den Mitteln der Kasse des Fördervereins des Kindergartens Grönwohld e. V. eine größere Anschaffung gemacht werden. So konnten über 3.000 EUR sinnvoll eingesetzt werden.

Vereinsbeiträge, wie auch der Erlös aus dem alljährlichen Kuchenverkauf beim Vogelschießen, machen eine erfolgreiche Vereinsarbeit möglich. Dabei ist der Verein für jede Unterstützung dankbar, wie z.B. für die vielen Helfer beim Verkauf auf dem Frühlingsbasar oder die vielen gespendeten Kuchen und Torten für das Vogelschießen. Dieses findet in diesem Jahr am Freitag, den 10. Juli statt. Ganz herzlich möchten wir zu den Spielen des Fördervereins auch die zukünftigen Kindergartenkinder einladen.

Schön ist ebenfalls, dass neben Eltern der Kindergartenkinder viele andere Grönwohlder dem Verein die Treue halten und unsere Arbeit mit Vereinsbeiträgen unterstützen. Hierfür herzlichen Dank! So hoffen wir also auch in der Zukunft darauf, den Kindergarten mit Ihrer Hilfe unterstützen zu können.

Viele Grüße vom Vorstand des Kindergartenfördervereins

Martina Rother, Katrin Langer und Dorothee Nair



Die neue Holzeisenbahn



Der neue Parkplatz in der Bahnhofstraße. Zwischenzeitlich sind noch vier neue Bäume dazu gekommen

Dorfbegehung durch die Gemeindevertreter:

Wie in der letzten Ausgabe des „Grönwölder Rinkieker“ berichtet, geht die Initiative zur Ortsbegehung auf einen Antrag der SPD- Fraktion zurück. Nachdem der Antrag durch die CDU- Fraktion abgelehnt worden war, erklärte sich der Bürgermeister bereit, eine freiwillige Ortsbegehung durchzuführen und entsprach damit im Ergebnis dem Antrag der SPD.

Am Sonntag dem 15. 02. 2009 fand nun die erste Ortsbegehung statt. Dabei wurden einige Mängel an Gehwegen und Straßen festgestellt. Darüber hinaus wurde untersucht, an welchen Stellen Gehölze ausgelichtet werden müssen. In diesem Zusammenhang sind auch die Bäume am Spielplatz in der EDI-Siedlung

zu nennen, die gekappt werden sollen. Außerdem informierte der Bürgermeister über die in diesem Jahr anstehende Baumaßnahmen der Gemeinde. Im Laufe des Jahres wird der Zaun am Kindergarten (Richtung Beek) erneuert. Auch der Bau der Parkplätze vor dem Sportplatz steht an. Die Bauarbeiten am Regenrückhaltebecken, das hinter dem Sportplatz entsteht, haben bereits begonnen. Zur Zeit wird die Rohrleitung zur Dorfstraße verlegt.

Die Ortsbegehung hat gezeigt, dass es viel zu tun gibt. Doch es wurde auch deutlich, dass eine Begehung allein nicht ausreicht. Es liegt auch an Ihnen, auf Missstände im Dorf hinzuweisen.



Die begonnenen Bauarbeiten am Regenrückhaltebecken



und die Hinweistafeln stehen wieder. Es wurden mehrere Bilder zusammengesetzt.

Hierzu bietet sich die Einwohnerfragestunde an, die zukünftig vor und nach den Gemeindevertretersitzungen stattfinden wird. Vor der Sitzung können allgemeine Fragen gestellt werden; danach sind nur Fragen zur Tagesordnung möglich.

An dieser Stelle sei den Bürgern Dank ausgesprochen, die sich schon bisher mit konstruktiver Kritik an den Einwohnerfragestunden beteiligt haben. Die SPD-Fraktion wird versuchen Ihre Interessen für Grönwohld durchzusetzen.

Daniel Klein

Bei der Dorfbegehung kam auch ein Schornsteinbrand in der Alten Siedlung zu Sprache, der in der vorigen Nacht gelöscht wurde. Dabei hat sich ein Feuerwehrmann Verbrennungen an den Händen zugezogen. Er ist an den Steigeisen des sehr heißen Schornsteins nach oben geklettert. Durch den Brand waren die Eisen sehr heiß, so dass auch die Handschuhe nicht ausreichend schützten.

Ganz klar: Es werden Asbesthandschuhe für solche Fälle angeschafft.

Grönwohld zeigt Flagge

Vor 11 Jahren wurden die ersten Grönwohlder Flaggen anlässlich der 750-Jahrfeier gehisst. 1998 fanden sich 40 Grönwohlder und auch Auswärtige, um Flagge zu zeigen. Ich konnte dadurch einen entsprechenden Preis aushandeln.

In letzter Zeit hatte ich vermehrt Anfragen, ob ich nicht wieder eine Sammelbestellung organisieren möchte. Mir liegt ein Angebot vom namhaften Flaggenhersteller Fahnen-Fischer aus Flensburg vor, der damals der Erstausstatter war. Dieser räumt uns erneut Sonderpreise ein:

**Grösse 150 x 250 cm,
bei Mindestabnahme 10 Stk.
= 80,92 Euro brutto;**

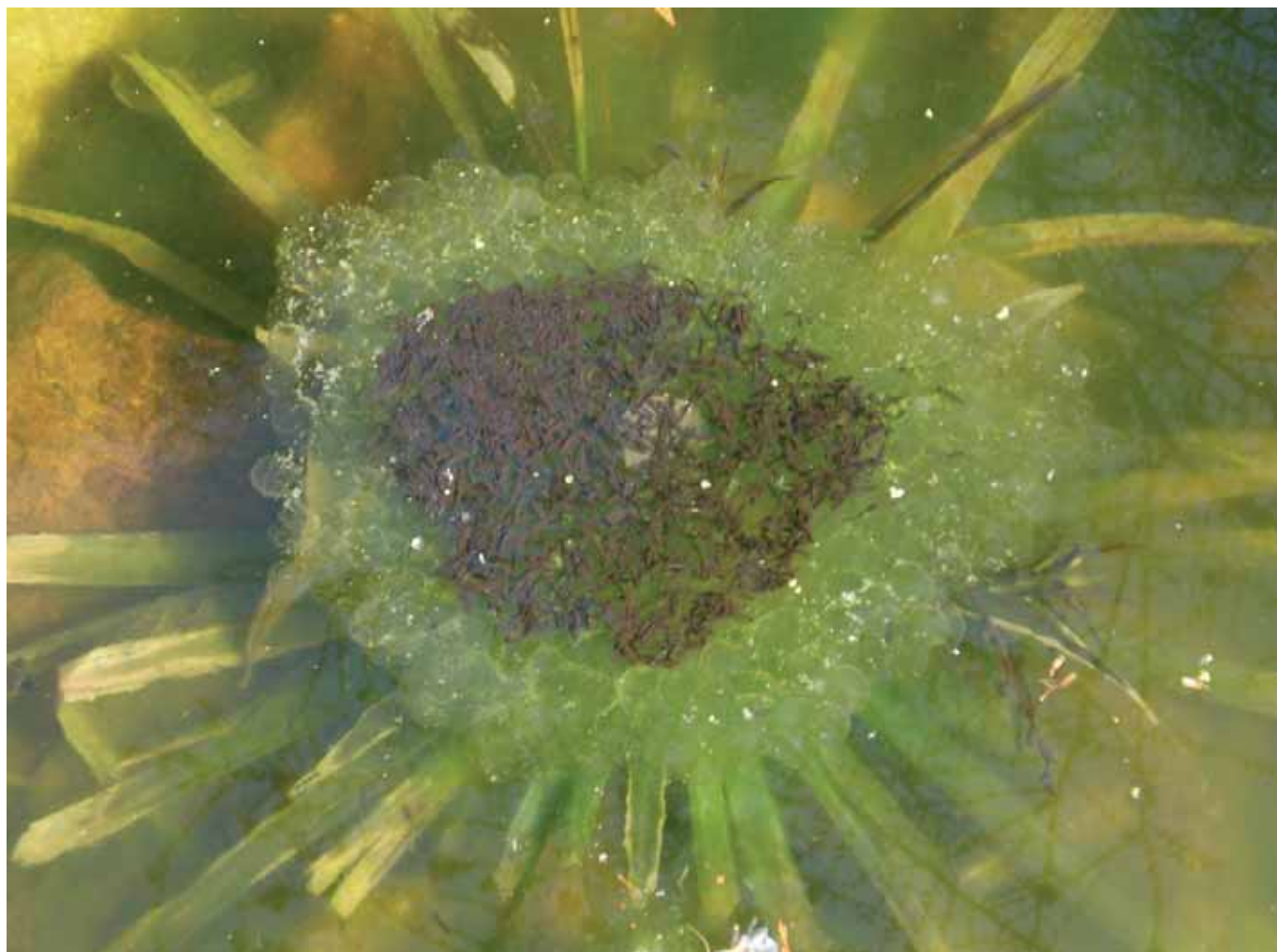
**bei Mindestabnahme 20 Stk.
= 76,76 Euro brutto**

um damit unser Dorf zu schmücken, nehme ich Ihre Bestellung gerne unter 04154-5482 entgegen.
Ihr 1. stellv. Bürgermeister **Josef Ryll**



Wenn Sie Flaggen haben möchten,

Die Grönwohlder Flagge



200 bis 300 frisch geschlüpfte Grönwohlder Kaulquappen im kleinen Gartenteich

Gesa Tralau zuständig für Familie, Bildung und Frauen

Auf seiner ersten Sitzung hat der neue Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein nun die Arbeitsteilung für die kommenden zwei Jahre beschlossen.

Gesa Tralau, Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Lauenburg / Stormarn, gehört diesem Gremium seit zwei Jahren als Beisitzerin an und wurde mit sehr gutem Ergebnis erneut gewählt. Künftig ist die 39jährige im Landesvorstand zuständig für drei Schlüsselthemen sozialdemokratischer Politik: Bildung, Familie und Frauen. Gesa Tralau: „Bildung ist das Schlüsselthema um alle Probleme der Zukunft zu meistern. Gemeinschaft bildet – deshalb will die SPD ein Bildungssystem, dass alle Schülerinnen und Schüler fördert, Chancen verschafft und das Wohl der Kinder im Blick hat.“

Für die Familienpolitik war Gesa Tralau bereits in den vergangenen zuständig. In dieser Funktion belebte sie das Forum Familie auf Landesebene neu, dass auf dem letzten Parteitag bereits erste inhaltliche Schwerpunkte setzen konnte. Ein Erfolg war auch der von Gesa Tralau angeschobene „Familiensommer“, eine

jährliche Veranstaltung im Erlebniswald Trappenkamp, die im vergangenen Jahr bereits 2000 Besucher erfreute. Die Planungen für den „Familiensommer 2009“ laufen bereits auf Hochtouren.

Unter die Überschrift „Frauen sind mehr wert“ stellt Gesa Tralau ihren dritten Arbeitsbereich: „90 Jahre Frauenwahlrecht, 60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz und 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz - und dennoch sind Frauen von tatsächlicher Gleichberechtigung weit entfernt. Insgesamt liegt das Durchschnittseinkommen der Frauen bei gleicher Arbeitszeit mindestens 20 Prozent unter dem der Männer. Frauen sind in Betrieben der Privatwirtschaft auf der ersten Führungsebene mit nur durchschnittlich einem Viertel vertreten und auch in den Parlamenten liegt noch so einiges im Argen; in den Landtagen lag der durchschnittliche Frauenanteil 2008 bei 31,9 Prozent und im Bundestag bei 32,1 Prozent. Eine echte Gleichstellung in der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sieht anders aus. Es gibt also viel zu tun.“

Gesa Tralau: Wahlkampfauftakt in Friedrichsruh

Ein Lächeln konnte Gesa Tralau sich angesichts des Ortes, den sie sich für ihren Wahlkampfauftakt ausgesucht hatte, nicht verkneifen. „Mit einem Augenzwinkern“ hatte sie die SPD-Mitglieder ihres Bundestagswahlkreises ausgerechnet nach Friedrichsruh eingeladen. In den Heimatort des Bundestagsabgeordneten, der schlechte Schlagzeilen sammelte und schließlich sein Mandat niederlegte. „An die Stelle des ‚faulsten Abgeordneten‘ möchte ich die fleißigste Newcomerin stellen“, erklärt Gesa Tralau.

Mehr als hundert Unterstützer, jung und alt, aus Stormarn und dem Herzogtum Lauenburg, waren der Einladung in den Max-Schmeling-Saal des Forsthauses in Friedrichsruh gefolgt. Ihnen erklärte Gaukler Hektor, warum er „Gelb“ nicht so gern leiden mag und Gesa Tralau, warum es sich lohnt, SPD zu wählen.

Im Anschluss folgte eine kurze Ansprache der Kandidatin, in der sie die Stärken des am vorigen Wochenende vorgestellten Wahlprogramms der SPD für das Superwahljahr 2009 betonte. Tralau: „Wer die Atomkraftwerke abschalten will, muss SPD wählen. Wer die Einführung von Mindest-

löhnen erreichen will, muss SPD wählen.“ Außerdem stehe die SPD für Finanzmärkte, denen klare Regeln gegeben werden; Wirtschaft, die wieder den Menschen dient und nicht der Rendite; eine entschlossene Bildungspolitik, die keinen zurücklässt und nicht nach erst nach Zuständigkeiten fragt; echte Gleichstellung von Mann und Frau, mehr Unterstützung für Familien und ein gerechter Ausgleich der Lasten aus der Krise.

Als prominente Unterstützer waren unter anderem der ehemalige Bundestagsabgeordnete Eckart Kuhlwein, der Landtagsabgeordnete Olaf Schulze, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Lauenburger Kreistag Gunnar Schlage und Stormarns SPD-Kreisvorsitzender Martin Habersaat dabei.

Auf die Wahl des Veranstaltungsorts hin angesprochen sagte Gesa Tralau: „Friedrichsruh als Ort für den Wahlkampfauftakt zu wählen war durchaus beabsichtigt. Wir möchten damit demonstrieren, dass sich die SPD nicht versteckt, sondern mit gestärktem Selbstbewusstsein in den Wahlkampf startet.“



Gesa Tralau mit Franz Müntefering

Südstormarnsche Kreisbahn:

Hier nun der zweite Teil des Artikels von Johannes Spallek vom ersten Weltkrieg bis zum Ende des zweiten Weltkrieges

Bis zum Ersten Weltkrieg entwickelte sich die Bahn sehr positiv. Der ständig wachsende Personenverkehr ließ die Hoffnung auf eine gute weitere Entwicklung als sehr berechtigt erscheinen.

Zeit des Ersten Weltkrieges und Nachkriegszeit

Der Erste Weltkrieg zerstörte unerbittlich diese Erwartungen. Materialmangel, insbesondere an Kohle und Maschinen, sowie fehlendes Personal führte zu einem stark verringerten Betrieb. Die Anlagen und der Wagenpark, soweit dieser nicht zu Militärzwecken eingesetzt war, konnten nicht sachgerecht gewartet werden. Am Ende des Ersten Weltkrieges lag der Betrieb danieder.

Die unsichere Nachkriegszeit und insbesondere die Inflation im Jahre 1923 schufen auch nicht das geeignete Klima, in dem die Bahn wieder sachgerecht aufgebaut und die notwendigen Modernisierungen nachgeholt werden konnten.

War der Zustand der Bahn infolge des Krieges

schon beklagenswert, verschlechterte er sich noch mehr in den ersten schlimmen Nachkriegsjahren. Die allgemeine Wirtschaftslage war unsicher, die Geldwirtschaft bis zum Inflationsjahr 1923 ruinös. Die Bahn verlor all ihre beträchtlichen Rücklagen. Das Verkehrsaufkommen der Bahn schwankte von Jahr zu Jahr, ja von Monat zu Monat.

Trotz allem beschloss der Kreis Stormarn Ende 1923, die Anlagen und Betriebsmittel durchgreifend zu erneuern. 1/3 der Gleise erhielt einen verstärkten Oberbau, 2/3 der Anlage wurde generalüberholt. Zwei Triebwagen mit Anhängern wurden neu angeschafft, der alte Fuhrpark auf den neuesten technischen Stand gebracht.

Und dennoch blieb die Lage schwierig. Neue von den Initiatoren nicht in den Maßen vorhersehbare Konkurrenz entstand durch Autobuslinien und Lastkraftwagen. So übernahmen z.B. Lkws den Milchtransport von Haus zu Haus, präziser vom Bauernhof zur Molkerei. Den Hamburger Vorortsverkehr, der durch den schlech-

Südstormarnsche Kreisbahn.

Fahrplan, gültig vom 12. April 1925.

A. An Wochentagen.

Km.	MT1	3	5	MT9	MT11	13	MT17	MT19	Zug Nr.	Stationen	Zug Nr.	MT2	MT6	8	MT10	MT12	14	16	MT18	Km.
	3	2-3	3	3	3	3	3	3	Klasse		Klasse	3	3	3	3	3	3	2-3	3	
0,0	444	600	950	1255		435		845	ab	Trittau	an	754	1123	255			756	1058	1209	33,7
2,0	448	606	954	1259		439		849		Grönw. hld		760	1119	261			752	1053	1205	31,7
4,5	453	613	1000	104		444		855		Lütjensee		745	1114	246			747	1047	1200	29,2
6,7	457	621	1004	108		448		859		Hoisdorf		741	1109	241			742	1041	1155	27,0
9,0	501	630	1008	112		453		903		Siek		737	1106	237			737	1035	1151	24,7
11,8	505	638	1014	117		458		908		Papendorf		732	1100	232			731	1028	1146	21,9
14,1	511	649	1019	122		463		913		Langeloh		728	1056	228			727	1023	1142	19,6
16,1	515	656	1024	126		467		917		Siellau		723	1051	223			722	1018	1137	17,6
18,6	521	702	1030	31	342	512	610	922		Willinghufen-Stemwarde		718	1046	218	306	601	717	1013	1132	15,1
22,0	528	711	1040	37	348	518	616	929		Glinde		712	1040	212	300	555	711	1006	1126	11,7
26,1	537	721	1049	45	355	527	623	938		Boberg-Havighorft		702	1032	204	262	546	703	957	117	7,6
29,9	546	733	1057	54	404	538	630	949		Schiffbek-Kirchsteink		654	1025	155	244	538	655	948	109	3,8
33,7	555	743	1106	203	413	547		958	an	Tiefsta	ab	645	1017	145	235	528	644	938	109	0,0

Anschlüsse an die Reichsbahn in Tiefsta *) siehe Anmerkung

Km.	601	757	1113	211	417	597	—	1008	ab	Tiefsta	an	640	1013	140	230	520	628	931	1055	Km.
	606	803	1118	216	422	602	—	1012		Kothenburgsort		635	1008	135	225	514	622	926	1050	
	611	809	1123	222	428	607	—	1018		Berliner Tor		630	1003	130	220	508	617	920	1045	
	615	814	1128	227	433	611	—	1023	an	Hamburg Hbf.	ab	625	958	125	214	503	612	914	1040	

Sonntagsrückfahrkarten werden von den Stationen Tiefsta und Schiffbek-K. nach Glinde, Hoisdorf, Lütjensee, Grönwold und Trittau zu bedeutend ermäßigten Preisen ausgegeben.

Gesellschaftsfahrten von 40 Personen an 33 1/3 %, von 100 Personen an 50 % Ermäßigung.

Die Nachtzeiten von 600 abends bis 559 morgens sind durch Unterstreichen der Minutenziffern gekennzeichnet.

Es bedeuten: MT Triebwagenzüge, ohne Beförderung von Gepäck, Traglasten und Fahrrädern.

* Bei der Einführung des Sommerfahrplanes der Reichsbahn werden die vermerkten Anschlußzeiten teilweise geändert. Die Änderungen sind aus dem Reichsbahnfahrplan ersichtlich.

Das Rauchen in Triebwagen ist verboten.



Eine MT2 der Kreisbahn

ten Anschluss bzw. Endpunkt in Hamburg-Schiffbek bzw. Tiefstack litt, zog der Autobus auf sich. Die Autobuslinien konnten flexibler auf das verschiedene Verkehrsaufkommen reagieren und hatten zudem ihre Haltepunkte unmittelbar in den Orten, während einige Bahnstationen außerhalb lagen und somit viel schlechter zu erreichen waren.

Der sonntägliche Ausflugsverkehr von Hamburg verteilte sich nun auch auf die inzwischen fertig gestellten anderen Vorortbahnen (z. B. auf die Walddorfer-Bahn und die Bahn bis Aumühle), die z. T. mit Sozialtarifen arbeiteten und von vornherein keinen kostendeckenden Betrieb anstrebten und zudem besser mit Hamburgs öffentlichen Verkehrsmitteln verbunden waren. So halfen selbst strengste Rationalisierungen und eingeschränkte Betriebsleistungen nicht (u. a. weniger Züge, kürzere Schalterstunden, Personalentlassungen von 81 auf 32 Bedienstete!) – die Bahn blieb ein ›Sorgenkind‹ des Kreises.

Landrat Knudsen und die ihn stützenden Mitglieder des Kreistages versuchten trotz der großen Defizite, die die Bahn einfuhr, den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Zur Verbesserung des Personenbetriebes beschloss der Kreistag am 14. Dezember 1932 unter dem Tagesordnungspunkt Nr. 7, die Kleinbahn bis Rothenburgsort zu verlängern. Hierfür wären 150.000 RM aufzuwenden gewesen, wovon 40 % zu Lasten der an der Strecke liegenden Gemeinden gegangen wären.

Überlegungen wurden laut, die Bahn, oder zumindest den Personenverkehr, einzustellen. Dagegen wandte sich eine Arbeitsgemeinschaft der Kreiskleinbahngemeinden, die in einer Streitschrift ›25 Jahre Südstormarnsche Kreisbahn! Die südstormarnsche Verkehrspolitik und die Interessen der Kreisbahngemeinden‹ ihren Standpunkt offen legte.

Die Gemeinden, die nicht grundlos angesichts der Defizite eine Stilllegung der Bahn befürchteten, führten aus, dass ein Ende der Bahn für die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der südstormarnschen Bevölkerung untragbar wäre. Unter anderem formulierten sie wörtlich: »In dem Haushaltsplan des Kreises Stormarn erscheint die Südstormarnsche Kreis-

bahn bekanntlich immer mit einem großen alljährlich gesteigerten Fehlbetrage. Je mehr ihre Unterschüsse wuchsen, desto mehr war sie gezwungen, ihren Betrieb einzuschränken. So ist sie zu einem rechten Schmerzenskinder des Kreises geworden. Die an ihr liegenden Gemeinden befürchteten allen Ernstes, dass die Bahn eines Tages stillgelegt werden könnte. Für die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der südstormarnschen Bevölkerung wäre das aber untragbar. Darum wollen die folgenden Ausführungen alle verantwortlichen und maßgebenden Stellen wie auch die Steuerzahler über die den Kreisbahnbetrieb hemmenden und schädigenden Missstände aufklären und den Weg zur Wiederbelebung der Bahn zeigen.

Während die Kreisbahn noch um ihre Existenz zu kämpfen hatte, baute Hamburg sein Bahnnetz auf ihre Kosten zum Teil weiter aus. Sowohl die Bergedorf-Geesthachtener Linie als auch die Bahn nach Großhansdorf bedeuteten eine drohende Gefahr bzw. eine Schädigung der Kreisbahn.

Man ließ von stormarnscher Seite Hamburg gewähren, ohne eine hinreichende Gegenleistung zu fordern. Man übertrug sogar die Einrichtung von zwei Kraftfahrlinien, von Billstedt nach Wandsbek und von Rahlstedt nach Wandsbek, einer besonders verkehrsreichen und einträglichen Strecke, der hamburgischen Hochbahngesellschaft.

Eine noch größere Gefahr für die Kreisbahn bildete der aufblühende private Kraftwagenverkehr, der im südlichen Stormarn durch die neu geschaffenen Kunststraßen besonders begünstigt wurde. Dem Kreis gelang es freilich sehr bald, ihn unter Anwendung drakonischer Maßnahmen stillzulegen; er ließ sich aber durch den glänzenden pekuniären Erfolg der Privatbetriebe verleiten, nun seinerseits Kraftfahrlinien zu eröffnen und sie so zu vermehren, dass er der Südstormarnschen Kreisbahn nach und nach fast alle Fahrgäste entzog. Es sind außer der bereits erwähnten Linie Billstedt – Wandsbek folgende: Trittau – Hamburg, Trittau – Großhansdorf, Neuschönningstedt – Glinde – Hamburg, Boberg – Havighorst – Billstedt. (Vom Kreistag war ferner noch die Linie Wandsbek – Willinghusen – Stemwarde beschlossen. Der Verwirklichung stand aber die einem Privatunternehmer für die Teilstrecke Wandsbek – Barsbüttel erteilte Konzession im Wege.)

Abgesehen von den Gemeinden Stapelfeld und Braak, deren Verkehrsbedürfnis durch die Weiterführung der Linie Wandsbek – Rahlstedt ohne weiteres befriedigt werden kann und der Gemeinde Oststeinbek, für die die Linie Glinde – Wandsbek als zweckmäßig anerkannt werden mag, werden keine Gemeinden durch die Kraftwagenlinien dem Verkehr erschlossen, die nicht bereits ein völlig ausreichendes Verkehrsmittel in der Kreisbahn hatten. Das ganze große Risiko der Verkehrsneuregelung dient also lediglich nach Lahmlegung des Kreisbahnbetriebes der leidlichen Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses einzelner Kreisbahngemeinden auf Kosten der übrigen.

Sie ist also weder lebenswichtig noch notwendig, und bei den durch sie bevorzugten Gemeinden erfreut sich die Kreisbahn wegen der vielfachen Nachteile der Kraftwagenbeförderung (Raummangel, unruhige Fahrt, größere Verkehrsgefahr usw.) nach wie vor der größten Wertschätzung.

Verschiedene Kreisbahngemeinden sind jetzt vom Verkehr so gut wie abgeschnitten. Für ihre Einwohnerschaft ist es sehr mühevoll und kostspielig, die mancherlei laufenden geschäftlichen und kulturellen Beziehungen zu Hamburg und den Nachbarstädten aufrecht zu erhalten, zur Arbeitsstelle, zu weiterführenden Schulen, zum Arzt, zur Apotheke usw. zu gelangen, sofern es der Entfernungen wegen überhaupt möglich ist, ganz zu schweigen von dem gelegentlichen Besuch eines Theaters, Konzertes, einer Versammlung und dergleichen.

Mancher, der den Strapazen langer Fuß- und Radtouren nicht gewachsen ist, zumal während der rauen und dunklen Jahreszeit, befindet sich in einer geradezu verzweiferten Lage. Ähnlich steht es um manche Arbeiter und Angestellten, die im Bahndienst beschäftigt waren und ohne Aussicht auf anderweitigen Erwerb entlassen werden mussten. Das alles sind so außerordentlich schwere wirtschaftliche und kulturelle Nachteile, die ohne Einrichtung der Kraftfahrlinien und bei pfleglicher Behandlung der Bahn vermieden wären und die mit dem Sinn und Zweck dieser als auch mit dem durch die Verkehrsneuregelung erzielten Nutzen im krassen Widerspruch stehen und darum baldigst behoben werden müssen.

Die vordringlichen Forderungen der Arbeitsgemeinschaft für den Auf- und weiteren Ausbau dieses Betriebes sind folgende:

1. Alle Kraftfahrlinien, die den Kreisbahnbetrieb beeinträchtigen, sind stillzulegen.

2. Statt nach einem toten Punkt wie Tiefstack ist die Bahn nach dem Bahnknotenpunkt Rothenburgsort zu führen.

3. Der Fahrplan soll ausreichende Fahrgelegenheit, leicht merkbare und stetige Fahrzeiten aufweisen.

4. Hinsichtlich des Fahrkartentarifs werden tragbare und konkurrenzfähige Preise und für alle Haltestellen verbilligte Sonntagsrückfahrkarten gefordert.«

Diese Zitate sprechen für sich. Zweierlei ist wichtig:

1. Die positive Seite der Autobuslinien und des Pkw-Verkehrs werden eindeutig negativ gesehen und in ihrer wirklichen Bedeutung unterschätzt.

2. Die Gemeinden treten nicht als einfache Bittsteller auf, sondern als aktiv Beteiligte an den Unkosten.

Unter den Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten verfolgten nach Ihrer ›Machtübernahme‹ in Stormarn die Stilllegung der Bahn. Am 29. Juni 1933 beschloss der Kreistag, aus dem die Kommunisten und Sozialdemokraten ausgeschlossen worden waren, das Vorhaben, die Bahn bis Rothen-

burgsort zu verlängern, fallen zu lassen und alle ausgabenträchtigen Leistungen zu streichen, mit Ausnahme der dringendsten Unterhaltungsarbeiten. Gemäß Kreistagsbeschluss vom 10. Oktober 1933 legte der Kreisausschuss am 6. November 1933 dem Regierungspräsidenten den Antrag vor, den Personenverkehr einstellen zu dürfen.

Am 17. März 1934 veröffentlichte der Reichspräsident im Amtsblatt der Regierung für Schleswig, Nr. 163, dass die Verpflichtung zum Personenverkehr ab 1. März 1934 aufgehoben sei unter der Auflage, dass Ersatzomnibuslinien in Betrieb genommen worden seien. Der Kreis Stormarn plante daraufhin, zum 15. Mai 1934 den Personenverkehr einzustellen. Parallel dazu beschloss der Kreisausschuss am 23. Februar 1934, den Antrag auf Einstellung des Güterverkehrs beim Regierungspräsidenten zu stellen, d.h. die Bahn ganz und gar stillzulegen. Da die Hamburger Hochbahn AG die Ersatzbuslinien nicht rechtzeitig genehmigte, wurde der Personenverkehr nicht zum geplanten Termin eingestellt.

Am 11. August 1934 sprach sich der Hamburgisch-Preußische Landesplanungsausschuss dafür aus, aus siedlungspolitischen Gründen die Bahn zu erhalten. Die Gründe lagen wohl in der geheimen Rüstungsplanung.

Im Jahre 1935 änderte sich entsprechend die Position des Kreises grundsätzlich. Er setzte sich nun für den Erhalt der Bahn ein, da in Glinde das Geheimprojekt ›Kuha‹ – Kurbelwellenwerk Hamburg – durch die Firma Krupp, Essen, im Auftrage des Luftfahrtministeriums entstand. Ca. 700 Arbeiter sollten neu in Stormarn mit ihren Familien bis zum Jahre 1936 angesiedelt werden. Zudem plante man ein Herreszeugamt mit Munitionsanstalt (200 bis 300 Beschäftigte). Voraussetzung für beide Großprojekte war der Gleisanschluss in Glinde. Mit Datum vom 18. November 1935 stellte der Landrat Bock von Wülfigen einen entsprechenden Antrag über den Regierungspräsidenten an den Reichs- und preußischen Verkehrsminister auf Zuweisung von Reichsmitteln. Kopien gingen an den Reichsminister für Luftfahrt und den Reichskriegsminister. Drei Verbesserungsmaßnahmen galt es nun durchzuführen:

1. Die Bahn sollte bis nach Rothenburgsort verlängert werden, wofür 445.000,- RM veranschlagt wurden.

2. Der Oberbau der Gleise musste verstärkt werden auf der Teilstrecke von Billstedt bis Glinde (Kiesbettverstärkung auf der Strecke Billstedt bis Boberg und Schwellenvermehrung von Boberg bis Glinde). Hierfür wurden 42.500,- RM veranschlagt.

3. Zwei neue Holzgastriebwagen mussten neu angeschafft werden (126.000,- RM).

Die erste Maßnahme glaubte der Landrat zurückstellen zu dürfen, nachdem er durch den Landesplanungsrat von dem Projekt der Hamburg Hochbahn AG erfuhr, vom Hamburger Hauptbahnhof eine Bahn bis nach Hamburg-Billstedt zu bauen. Der Landrat meinte,

von Billstedt bis Glinde/Willinghusen eine neue Bahnstrecke als Anschluss bauen zu müssen, die zwar nicht billiger, aber verkehrstechnisch besser gewesen wäre.

Im Rechnungsjahr 1936 verzeichnete die Bahn zum ersten Male seit Jahrzehnten kein Defizit mehr. Hierzu trug direkt der große Güterverkehr für das Glinde Herreszeugamt und das Kurbelwellenwerk bei. Indirekt halfen auch die an der Strecke liegenden Gemeinden, die Unkosten zu tragen.

Ein Bescheid der Kreiskämmerei für das Jahr 1936, in diesem Falle für die Gemeinde Glinde, lautete im Wortlaut:

›Betr.: Anteil an den ungedeckten Kosten für den Bau der Südstormarnschen Kreisbahn Vorausbelastungsbetrag für Rechnungsjahr 1936‹ Die am Bau der Südstormarnschen Kreisbahn direkt und indirekt beteiligten Gemeinden sind gemäß Beschluss des Kreistages vom 11. Februar 1902 zwecks Deckung der nicht durch eigene Einnahmen zu bestreitenden Kosten für Verzinsung und Tilgung der für den Bahnbau aufgenommenen Kreisanleihen mit 40 % voraus zu belasten. Der Berechnung zugrunde zu legen sind die Anleihen der Zentralbodenkreditbank a.d. in Berlin von ursprünglich 158.000,- Papiermark und des Provinzialverbandes Schleswig-Holstein in Kiel von ursprünglich zusammen 50.212.968,- Papiermark. Diese Anleihen unterlagen nach dem Anleiheablösungsgesetz vom 16. Juli 1925 dem Umtausch in die Anleiheablösungsschuld des Kreises. Die jährliche Tilgungsrate bei der Zentralbodenkreditbank AG beträgt 531.093,- RM und bei dem Provinzialverband Schleswig-Holstein 1.127,- RM; hinzuzurechnen sind 5 % Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1936 mit 292.096,-

RM bzw. 619.085,- RM, sodass sich ein jährlicher Aufwand an Zinsen und Tilgung 2.571.034,- RM ergibt. Von den Kosten für Verzinsung und Tilgung werden 40 % als Vorausbelastung umgelegt. Nach dem Kreistagsbeschluss sind die indirekt beteiligten Gemeinden um 1/3 geringer vorauszubelasten als die direkt beteiligten Gemeinden. Es sind mithin von den indirekt beteiligten Gemeinden 7.684,- RM und von den direkt beteiligten Gemeinden 951.070,- RM aufzubringen. Als Maßstab für die Umlegung dient das Steuersoll, wie es der Berechnung der Kreissteuern zugrunde gelegt wird. Hiernach stellt sich die Vorausbelastung für die direkt beteiligten Gemeinden auf 0,001245 % und für die indirekt beteiligten Gemeinden auf 0,002211 %. Da die dortige Gemeinde zu den am Bahnbau direkt beteiligten Gemeinden gehört und das der Verteilung zugrunde liegende Steuersoll insgesamt 10.140,55 RM beträgt, entfällt somit für das Rechnungsjahr 1936 ein Vorausbelastungsbetrag von 35,05 RM. Dieser Betrag ist innerhalb 2 Wochen an die Kreiskommunalkasse des Kreises Stormarn zu Hamburg-Wandsbek (Post-scheckkonto: Hamburg Nr. 13) zu überweisen. gez.: Dr. Keßler

Beglaubigt durch das Siegel des Landrates des Kreises Stormarn – Kanzlei –

Am 8. März 1937 nahm der Regierungspräsident seine Genehmigung zur Einstellung des Personen- und Güterverkehrs zurück. Die Lage der Kreisbahn war endlich konsolidiert. Mit Ausbau der zwei Rüstungsbetriebe in Glinde endete die Diskussion über die Stilllegung der Bahn.

In den Kriegsjahren 1939 bis 45 war der Gleisanschluss für beide unerlässlich.



Luftbild des Bahnhofs Trittau ca. 1950

„Malen, was mir Spaß macht.“ - Bruno Studt

Inspiziert von einem Foto der Grönwohlder Drahtmühle fragte der Maler Bruno Studt bei mir an, ob er es malen dürfte, um es der Gemeinde Grönwohld zu stiften. Nachdem dies mit den Bürgermeistern besprochen war, wurde dies von Herrn Studt in Acryl umgesetzt. So konnte es in der Gemeindevertretersitzung am 03.03.2009 überreicht werden. Mit großer Anerkennung wurde es von den Gemeindevertretern und Bürgern in Augenschein genommen und soll einen Ehrenplatz erhalten.

Bruno Studt, der Werbeleiter bei der Fette GmbH ist und an den sich einige Grönwohlder noch gut erinnern können, wurde 1947 geboren und ist bis 1954 in unserem Ort in der Straße Zum Moor (heute Schwartz) auf gewach-

sen. Nachdem er hier eingeschult wurde, zog die Familie nach einem Jahr nach Schwarzenbek. Regelmäßige Besuche bei seinen Verwandten folgten und er freute sich immer wieder auf das Pflingstreiten und die Kinder- und Dorffeste in unserer Gemeinde. Bis heute verfolgen er und seine Brüder interessiert die Entwicklung Grönwohlds und fahren gerne alle Stationen ihrer Kindheit ab. So auch zuletzt im Sommer 2008, um anschließend im von früher her bekannten Dorfkrug „Unter den Linden“ Einkehr zu halten. Grönwohld ist ihnen ein Stück Heimat geblieben und wir bedanken uns bei Bruno Studt, dass er unserer Gemeinde dieses Geschenk gemacht hat.

Ihre **Angela Ryll**



Ein Gemälde von Bruno Studt - Die Grönwohlder Drahtmühle ca. 1950